



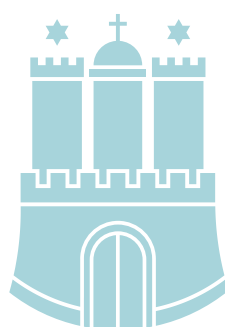
FRAKTION HAMBURG

Hamburg schützen – Resiliente Metropole 2028

Konzept der CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg
für einen starken Bevölkerungsschutz

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Sicherheit beginnt zu Hause – Verantwortung stärken	3
2. Warnungen verständlich senden – schnell, eindeutig, verlässlich	4
3. Katastrophenschutz-Leuchttürme etablieren – Orientierung und Hilfe vor Ort	5
4. Bildung und Übungen – damit im Notfall alles sitzt	6
5. Schutzräume reaktivieren und ausbauen	7
6. Versorgungssicherheit garantieren	8
7. Agrarwirtschaft: Integrierte Versorgungssicherheit	10
8. Gesundheitsversorgung im Ernstfall gewährleisten	11
9. Handlungsfähige Verwaltung – jederzeit, überall	13
10. Ehrenamt stärken – weil Hilfe Menschen braucht	14
11. Heimatschutz stärken – Sicherheit im Inneren gewährleisten	15
12. Moderne Gefahren erkennen und abwehren	16
Unser Anspruch	17



Hamburg schützen – Resiliente Metropole 2028

Konzept der CDU für einen starken Bevölkerungsschutz

Deutschland zählt zu den sichersten Ländern der Welt. Gleichwohl nehmen auch bei uns hybride Einflussnahmen zu und das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung sowie von Naturkatastrophen ist gestiegen. Die Folgen und Auswirkungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft können hierbei erheblich sein. Ob extreme Wetterereignisse, wie Sturmfluten, die eine bestmögliche Deichsicherheit erfordern, Cyberangriffe, Desinformationskampagnen, Sabotageakte, Spionagefälle, Störungen von Lieferketten, Terrortaten, die wie in Berlin zu tagelangem Stromausfall führen oder geopolitische Spannungen: Hamburg steht wie alle anderen Bundesländer auch vor veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen.

In einem möglichen Spannungs- und Verteidigungsfall wird der strategische Rahmen durch den Ansatz der Gesamtverteidigung gebildet, der sich aus der militärischen und der zivilen Verteidigung zusammensetzt. Für den Erhalt der nationalen und europäischen Sicherheit sind eine verteidigungsfähige Bundeswehr, eine **wehrhafte Gesellschaft und resiliente staatliche Strukturen** von entscheidender Bedeutung. Die zivile Verteidigung, zu der auch viele Bereiche des Bevölkerungsschutzes gehören, stellt hier einen weitaus umfangreicheren Teil dar, als die militärische Verteidigung.

Als internationale Hafen- und Wirtschaftsmetropole sowie Heimat für rund 1,9 Millionen Menschen muss unsere Stadt besonders auf verschiedene Krisensituationen vorbereitet sein. Hierzu zählen beispielsweise ein großflächiger Ausfall der Strom- oder Wasserversorgung, von IT-Systemen oder extremwetterbedingte Schäden und Störungen. Auch die verschärfte Sicherheitslage in Europa durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine muss berücksichtigt werden. Cyberangriffe, Sabotage, Desinformation und ausländische Einflussnahme sind leider bereits Realität. All diese Gefahren können unseren Alltag erheblich beeinträchtigen.

Dabei geht es uns nicht um Panikmache oder Ängste schüren, vielmehr wollen wir eine leistungsfähige **zivile Verteidigung, die Krisen vorbeugt, Katastrophen verhindert, bzw. Folgen begrenzt und im Ernstfall schnell hilft**. Resilienz bedeutet, vorbereitet zu sein und sich schnell auf Situationen einzustellen – als Staat, als Wirtschaft und als Gesellschaft.

Dafür braucht es klare Verantwortlichkeiten, einen verbindlichen Krisenführungsrahmen und die Mitwirkung aller Hamburgerinnen und Hamburger. Neben den Krisenstäben auf Landes- und Bezirksebene braucht es **eine Task Force Zivile Verteidigung**, ein einheitliches Lagebild, definierte Meldewege und klare Entscheidungsbefugnisse, die in einem Krisenführungsrahmen zwischen Innenbehörde, Bezirken, Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen, KRITIS-Betreibern und den Organisationseinheiten des Bundes klar geregelt sind und der die Beteiligung der Stadtgesellschaft berücksichtigt.



Für uns als CDU ist dabei klar: **Die Sicherheit der Hamburgerinnen und Hamburger hat höchste Priorität.**

Unser Ziel ist es, alles dafür zu tun, die Bevölkerung bestmöglich zu schützen, die Stadt resilient zu machen und das Funktionieren des öffentlichen Lebens sicherzustellen. Dieses Ziel lässt sich allerdings nicht alleine von staatlicher Seite erreichen. Vielmehr braucht es hierfür Unterstützung der Wirtschaft und die Mithilfe aller Hamburgerinnen und Hamburger. Alle sollen sich sicher fühlen und dabei mitwirken, dass sie und ihr Umfeld geschützt sind. Ob im familiären oder beruflichen Umfeld, im Haupt- oder Ehrenamt: es braucht die Unterstützung von jedem Einzelnen.

1. Sicherheit beginnt zu Hause – Verantwortung stärken



Krisenbewältigung beginnt nicht erst bei Feuerwehr, Polizei und Katastrophenschutz, sondern im eigenen Haushalt und unter Einbeziehung der eigenen Familie. Wir wollen ein neues Sicherheitsbewusstsein fördern. Denn wenn der Strom ausfällt, sind nicht nur Licht, elektrische Geräte oder Bankautomaten betroffen, sondern auch die Trinkwasserversorgung und das Mobilfunknetz. In solchen Situationen ist es für den Staat schwierig, eine schnelle, professionelle und individuelle Hilfe flächendeckend zu gewährleisten. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern oder Bundesländern zeigen, dass selbst gut organisierte staatliche Strukturen in den ersten Stunden und Tagen einer großflächigen Krise an ihre Grenzen stoßen. Ein noch so gut aufgestelltes staatliches Hilfeleistungssystem muss sich bei einer Notlage zunächst auf die Gefahrenschwerpunkte konzentrieren. Haushalte, Familien und Nachbarschaften können zunächst auf sich alleine gestellt sein. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, **das Risikobewusstsein der Bevölkerung zu stärken und ihre Selbsthilfefähigkeit gezielt zu fördern.**

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat dazu zwar klare Vorsorge- und Handlungsempfehlungen veröffentlicht, die vielen Bürgerinnen und Bürgern jedoch nicht bekannt sind. Dazu gehören klare Empfehlungen zur Vorratshaltung für mindestens drei, idealerweise zehn Tage, zur Medikamentenversorgung oder zum richtigen Verhalten in Gefahrensituationen. Wissen schafft Sicherheit und reduziert Abhängigkeit. Eigenvorsorge steigert die Selbstwirksamkeit und nimmt Ängste. Im Familien-, Bekannten- und Freundeskreis ist es daher unerlässlich, sich untereinander abzustimmen und über Treffpunkte und Verantwortlichkeiten sowie Erreichbarkeiten zu verständigen.

Mit verständlichen Infos und Erste-Hilfe-Kursen für unterschiedliche Zielgruppen, auch in mehreren Sprachen, breit angelegten Kampagnen in Quartieren, Vereinen und über Social Media muss die **Eigenvorsorge und Verantwortung jedes Einzelnen gestärkt** werden. Wir wollen als Grundlage dafür u.a. ein Vorsorgeportal, das alle Informationen gebündelt, barrierefrei bereitstellt. Für besonders vulnerable Gruppen, deren digitale Beteiligung begrenzt ist, sollten die Broschüren und Informationsmaterialien auch direkt verschickt oder verteilt werden, wie z.B. beim Hamburger Hausbesuch bei älteren Menschen.

Wir appellieren an jede Hamburgerin und jeden Hamburger, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Vorsorge ist kein Zeichen von Angst, sondern von Solidarität.

2. Warnungen verständlich senden – schnell, eindeutig, verlässlich



Im Ernstfall zählt jede Minute. Warnungen müssen barrierefrei sein und alle erreichen – unabhängig von Alter, Sprache, Behinderung oder technischer Ausstattung. Sirenen und Kirchengeläut allein reichen dafür nicht aus. **Moderne Warnsysteme wie Cell Broadcast, Warn-Apps, Rundfunkdurchsagen, digitale Verkehrsleitsysteme oder soziale Netzwerke müssen intelligent miteinander verzahnt werden.** Neben der Etablierung von innovativen digitalen Warnsystemen müssen für den Ernstfall aber auch analoge Warn- und Kommunikationsketten weiterentwickelt und regelhaft geprobt werden. Auch muss das Internet als Informations- und Verbreitungsmedium stärker genutzt werden. Dafür ist das Vorhalten von mobilen WLAN-Funktionen und Mobilfunkantennen erforderlich.

Ziel ist eine zentrale Steuerung mit klaren Zuständigkeiten, damit Warnungen nicht widersprüchlich oder verspätet erfolgen. Hierfür braucht es verlässliche und vertrauenswürdige Kanäle, auch bereits vor der Krise. Gleichzeitig müssen die Inhalte verständlich sein: Was ist passiert? Wer ist betroffen? Was ist konkret zu tun? Beispiele aus Starkregenereignissen und Hochwasserlagen zeigen, dass unklare Kommunikation zu Unsicherheit und Fehlverhalten führen kann. Verständliche Informationen und klare Ansprechpartner stärken das Vertrauen der Bevölkerung. Wir wollen eine **transparente und kontinuierliche Sicherheitskommunikation der Stadt** – nicht erst im Ernstfall.

Nachbarschaftliche Hilfe spielt dabei eine entscheidende Rolle. Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kitas und soziale Träger müssen in Warn- und Informationsketten eingebunden werden. Behinderte oder gesundheitsbeeinträchtigte Menschen können sich mit ihrem Assistenzbedarf in ein Notfallregister eintragen, damit sie im Katastrophenfall gefunden und bedarfsgerecht unterstützt werden können. Wir appellieren an die Stadtgesellschaft und an Unternehmen, Verantwortung zu übernehmen und Warnungen aktiv weiterzutragen.

3. Katastrophenschutz-Leuchttürme etablieren – Orientierung und Hilfe vor Ort

KATASTROPHENSCHUTZ

© stock.adobe.com/de

In großflächigen Krisen, insbesondere bei längerem Strom- oder Kommunikationsausfall, benötigen Bürgerinnen und Bürger verlässliche Anlaufstellen für den Notfall. Katastrophenschutz-Leuchttürme erfüllen genau diese Funktion. **Sie dienen als zentrale Informations-, Hilfe- und Koordinationspunkte in den Stadtteilen.**

Diese Leuchttürme können etwa in Schulen, Bürgerhäusern, Einrichtungen der Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen oder anderen geeigneten Gebäuden eingerichtet werden. Sie müssen über Notstrom, Kommunikationsmittel und -wege wie Mobilfunk, WLAN, medizinische Grundausstattung sowie geschultes Personal verfügen. Von hier aus können Informationen weitergegeben, Ersthilfe geleistet und Hilfe organisiert werden.

Entscheidend ist, dass die Bevölkerung diese Orte kennt. **Klare Kennzeichnung, eine Hinterlegung der Orte in der NINA-Warnapp, regelmäßige Information und Einbindung in Übungen schaffen Vertrauen und Orientierung.** Auch Unternehmen und soziale Einrichtungen können eingebunden werden, etwa durch die Bereitstellung von Räumen, logistischer Unterstützung oder Notbevorratung.

Katastrophenschutz-Leuchttürme stehen für einen handlungsfähigen Staat, der auch im Ausnahmezustand präsent bleibt – sichtbar, ansprechbar und verlässlich.

Wir wollen einen jährlichen **Hamburg-Warntag** einführen. An diesem Tag soll die Warninfrastruktur mithilfe von Übungen und unter Einbeziehung der Katastrophenschutz-Leuchttürme getestet werden. Begleitet wird dieser Tag von einer Informationskampagne und Beteiligungsformaten.

4. Bildung und Übungen – damit im Notfall alles sitzt



Zivilschutz ist eine Bildungsaufgabe. Wer weiß, was zu tun ist, handelt im Ernstfall besonnener. Deshalb gehört es auch ins Klassenzimmer: **Wissen schützt.**

Das Thema „**Selbsthilfe**“ und **Krisenvorsorge** muss Bestandteil des Unterrichts werden, sei es in der Grundschule im Sachunterricht oder in weiterführenden Schulen, wo verpflichtend Selbstschutzausbildungen einzuführen sind. Diese Ausbildungen müssen eine Erste-Hilfe-Ausbildung, die Vorbereitung und das Verhalten in Notfällen umfassen. Die Auffrischung dieser Kenntnisse, insbesondere Reanimationstrainings, sollte einmal jährlich erfolgen. Die in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen aufgebauten Schulsanitätsdienste sollten flächendeckend ausgebaut werden. Auch der Umgang mit Informationen (Informationsbildung) muss im Unterricht eine verstärkte Rolle spielen, um z.B. das Erkennen von Desinformationen zu erlernen.

Auch für Erwachsene gilt: Übung schafft Sicherheit. **Regelmäßige Krisenübungen** für Verwaltung, Unternehmen und Einsatzkräfte sind unverzichtbar. Sie zeigen Schwachstellen auf, verbessern Abläufe und schaffen Vertrauen. Die Erfahrungen aus Pandemie, Flüchtlingsunterbringung oder IT-Störungen haben deutlich gemacht, wie wichtig eingespielte Prozesse sind.

Wir werden die Bevölkerung aktiv einbinden – nicht erst im Ernstfall, sondern kontinuierlich. Unternehmen sind aufgerufen, ihre Beschäftigten zu schulen und betriebliche Notfallkonzepte und Übungsformate zu etablieren.

Daneben ist es unerlässlich, dass Schulen und Universitäten den **Unterricht auch im Krisenfall** bestmöglich digital fortführen können und die entsprechende Ausstattung vorangetrieben wird.

Schließlich sind **Strukturen und Notfallpläne** erforderlich, die es systemrelevanten Beschäftigten oder Ehrenamtlern in Notsituationen ermöglichen, ihren Einsatz zu gewährleisten und eine **Kinderbetreuung** in Kitas und Schulen sicherzustellen.

5. Schutzräume reaktivieren und ausbauen



In Hamburg gibt es zahlreiche Räumlichkeiten, die im Falle bewaffneter Konflikte oder bestimmter Naturkatastrophen als sichere Zufluchtsorte dienen könnten. Hierzu zählen unter anderem Tunnel, Tiefgaragen, Keller öffentlicher Gebäude und U-Bahn-Stationen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) arbeitet derzeit an einem Konzept, um neue Schutzräume zu schaffen und bestehende zu reaktivieren. Dazu werden unter anderem öffentliche Gebäude wie U-Bahnhöfe und Behörden geprüft, die sich zu Schutzräumen umfunktionieren lassen. Geplant ist zudem seitens des BBK die Fortentwicklung der NINA-Warn-App, mit der Bürgerinnen und Bürger die Entfernung zum nächsten Schutzraum ermitteln können. Hamburg muss hier als Vorreiter alle Schutzräume erfassen und sicherstellen, dass diese in der App hinterlegt werden.

Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa und der Zunahme hybrider Bedrohungen ist es jedoch nicht mehr ausreichend, ausschließlich auf eine Reaktivierung bestehender Strukturen zu setzen. Vielmehr bedarf es einer langfristigen **Schutzraumstrategie für Hamburg**, die bauliche Zivilschutzmaßnahmen systematisch und verbindlich in die Planung öffentlicher Neubauten integriert. Hier besteht akuter Handlungsbedarf: Denn derzeit existieren in Hamburg keine einsatzfähigen öffentlichen Schutzräume mehr, obwohl ehemals 33 Anlagen vorhanden waren. Öffentliche Neubauten sind daher grundsätzlich auf ihre Eignung zur Integration von Schutzinfrastruktur zu prüfen. Dies betrifft insbesondere Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Bildungseinrichtungen sowie Einrichtungen mit hoher Personendichte oder systemischer Bedeutung. Schutzräume, unterirdische Rückzugsbereiche sowie autonome Versorgungseinheiten (Notstrom, Wasserbevorratung, unabhängige Belüftungssysteme) müssen – wo technisch und wirtschaftlich vertretbar – von Beginn an in die Planungen einbezogen werden.

Auch private Eigentümer und die Wirtschaft sind einzubeziehen. Viele Eigentümer oder Unternehmen verfügen über geeignete Räumlichkeiten, die im Notfall als Schutzräume genutzt werden könnten, z.B. für einfachen Splitterschutz. Dafür sind entsprechende Förderprogramme, klare Standards und Beratung erforderlich.

Zivilschutz ist eine gemeinsame Aufgabe. Wer Raum und Möglichkeiten hat, sollte im Ernstfall Schutz bieten können – für Beschäftigte, Familie und Nachbarn.

6. Versorgungssicherheit garantieren



Hamburg darf in Krisen nicht von funktionierenden Lieferketten abhängig sein. Energie, Wasser, Lebensmittel, Kraftstoff und Medikamente müssen auch dann verfügbar bleiben, wenn nationale oder internationale Strukturen ins Wanken geraten. Eine sichere Energieversorgung ist dabei die Grundlage aller kritischen Dienstleistungen. Ohne Strom und Wärme funktionieren weder Wasserversorgung, Telekommunikation, Gesundheitswesen noch Mobilität. Bevölkerungsschutz beginnt daher bei einer resilienten Energieinfrastruktur.

Betreiber kritischer Infrastrukturen tragen hier eine besondere Verantwortung. Das Kritis-Dachgesetz sieht vor, dass die Länder weitere kritische Anlagen für kritische Dienstleistungen, die allein in ihrer Zuständigkeit liegen, identifizieren können. Insofern sollte eine **Absenkung der Schwellenwerte** auf weniger als 500.000 Personen für die Einstufung als kritische Infrastruktur gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen geprüft werden, um den Schutz der Bevölkerung zu erhöhen. Dabei ist sicherzustellen, dass nicht nur einzelne Anlagen, sondern ganze Versorgungssysteme und deren Wechselwirkungen in den Blick genommen werden.

Notfallpläne für die Verwaltung und alle KRITIS-Einrichtungen müssen verpflichtend, abgestimmt und regelmäßig geübt werden. Digitalisierung und Energiewende dürfen nicht zulasten der Versorgungssicherheit gehen. **Versorgungssicherheit** hat Vorrang vor ideologisch motivierten Strukturentscheidungen. Eine grundlegende Bedingung hierfür ist eine technologieoffene und vielfältige Energieinfrastruktur, die Abhängigkeiten reduziert und systemische Risiken vermeidet.

Zentrale Voraussetzungen sind Redundanzen, Notstromversorgung und physischer Schutz. Redundanzen müssen dabei nicht nur kapazitiv, sondern auch technologisch ausgestaltet sein. Ein resilienter Energiemix aus unterschiedlichen Erzeugungs-, Speicher- und Transportstrukturen erhöht die Krisenfestigkeit der Metropole.

Es sind ausreichend Netzersatzanlagen, Tanklogistik, ein Ausbau des WLANs auch über Satelliten sowie länger laufende Batterievorrichtungen für Mobilfunkmasten erforderlich. Kritische Energieanlagen müssen zudem schwarzstartfähig sein oder an schwarzstartfähige Systeme angebunden werden. Inselbetriebsfähige Netze für Krankenhäuser, Leitstellen, Wasserwerke, Verkehrsknotenpunkte und Verwaltungszentren sind systematisch auszubauen.

Für Einsatzkräfte, Entsorgungsbetriebe und Pflegeeinrichtungen sind gesicherte Kraftstoffreserven und priorisierte Tanklogistik vertraglich abzusichern. Abhängigkeiten von kurzfristigen Lieferketten sind gezielt zu reduzieren.

Zur Stärkung der Resilienz gehört neben der technischen Vorsorge auch die aktive Information und Sensibilisierung der Bevölkerung. Dafür sind sogenannte **Blackout-Leitfäden** für den Fall eines länger andauernden Notfalls zu erarbeiten, die u. a. Informationen über mobile und autarke Energiequellen für die Zivilbevölkerung, die festgelegten Leuchtturm-Standorte, Informationswege und technische Unterstützungsressourcen enthalten.

Zudem ist es notwendig, den **öffentlichen Personennahverkehr** so auszustatten, dass er auch in Krisensituationen und z. B. im Falle eines Stromausfalls nicht komplett zusammenbricht.

Wir wollen ein **Resilienzregister**, das Redundanzen, Notstromkapazitäten, Versorgungsmöglichkeiten u.a. systematisch erfasst.

7. Agrarwirtschaft: Integrierte Versorgungssicherheit



© stock.adobe.com/de

Die **Agrarwirtschaft** ist ein systemrelevanter Teil der **Kriseninfrastruktur**. Landwirtschaftliche Betriebe sichern nicht nur die Lebensmittelproduktion, sondern bieten auch logistische Ressourcen wie Transportkapazitäten, Lagerflächen und mobile Technik, die im Krisenfall genutzt werden können. Das Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG) bildet den rechtlichen Rahmen. Auf Landesebene sind jedoch klare Zuständigkeiten und Strukturen erforderlich. Niedersachsen und Bayern integrieren landwirtschaftliche Fachstrukturen in die Krisenkoordination, was auch für Hamburg relevant ist.

In Hamburg fehlt bisher eine systematische Struktur zur strategischen Einbindung landwirtschaftlicher Ressourcen. Im Krisenfall könnte die Landwirtschaft jedoch zur Stabilisierung der **Versorgung** beitragen, etwa durch Bereitstellung von Lagerkapazitäten und regionalen Lebensmitteln sowie Unterstützung bei Evakuierungen und Verkehrsfreiräumungen. In Rheinland-Pfalz und Bayern wird mit „Red Farmer“ ein Ansatz verfolgt, der landwirtschaftliche Betriebe strukturiert erfasst und alarmierbar macht. Dieser Ansatz muss auch in Hamburg umgesetzt werden, um die Landwirtschaft schnell und koordiniert in die Krisenbewältigung einzubinden und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

8. Gesundheitsversorgung im Ernstfall gewährleisten



Die veränderte geopolitische Sicherheitslage sowie vermehrte Extremwetterereignisse und Terrorlagen stellen auch das Gesundheitssystem vor erhebliche Herausforderungen und machen eine leistungsfähige **Notfall- und Katastrophenversorgung** notwendig. Auch die Verpflichtungen Deutschlands als NATO-Mitglied erfordern eine entsprechende medizinische Vorbereitung. Hamburg kommt dabei als logistische Drehscheibe eine besondere Bedeutung zu.

Damit eine **stabile Gesundheitsversorgung** jederzeit gewährleistet ist, braucht es ein koordiniertes Zusammenspiel aller Ebenen und Akteure, um für den Ernstfall klare Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und Kommunikationswege sicherzustellen. Bund und Länder müssen eng mit Krankenhäusern, dem ambulanten Bereich, Rettungsdiensten, den Gesundheitsämtern der Bezirke, der Bundeswehr, den Hilfsorganisationen und dem Bevölkerungsschutz zusammenarbeiten.

Daneben ist auch eine Reihe an infrastrukturellen Maßnahmen notwendig. Sollten Lieferketten kurzfristig einbrechen, braucht es eine **Landesreserve** an Medizintechnik und Medikamenten. Gleichzeitig sollte perspektivisch die Herstellung vor Ort in den Fokus gerückt werden, wobei auf medizinische Mehrwegprodukte (z.B. Schutzkleidung und OP-Materialien) und die Sicherstellung des Kreislaufs hingearbeitet werden muss. Darüber hinaus sind z.T. Anpassungen baulicher Gegebenheiten erforderlich – beispielsweise die Verlegung von Stationen in niedrigere Stockwerke, infrastrukturelle Vorkehrungen für Dekontamination/Evakuierungen, Ausbau von Notaufnahmen sowie ggf. Unterkellerungen. Die Wasser- und Stromversorgung muss in Krankenhäusern und idealerweise auch in Pflegeeinrichtungen über 72 Stunden hinaus sichergestellt sein. Ebenso sollten die Zentralen der Pflegedienste, Arztpraxen und Apotheken eine Notstromversorgung vorhalten, um z.B. jederzeit an Patientendaten zu kommen und auch eine Grundversorgung sicherzustellen. IT und Datennetze für Praxissoftware etc. müssen redundant gesichert werden. Darüber hinaus müssen Patienten in häuslicher Pflege zentral erfasst sein, um auch deren Versorgung im Krisenfall sicherstellen zu können.

Besondere Bedeutung kommt dem medizinischen und pflegerischen Personal zu. Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und Rettungsdienste sind das Rückgrat der Krisenbewältigung und im Ernstfall besonders gefordert – häufig auch in mehreren Funktionen, etwa im Haupt-, Ehrenamt oder bei der Bundeswehr. Diese Mehrfachbelastung muss in der Planung berücksichtigt werden, ebenso wie der Bedarf an gezielten (medizinischen) Fortbildungen und regelmäßigen Großschadensübungen mit allen relevanten Akteuren. Ergänzend dazu sollte die Stadt die Ausbildung von Freiwilligen zu Pflegeunterstützungskräften (PUK), insbesondere durch die Wohlfahrtsverbände, mit einem Förderprogramm unterstützen.

Für die ein langfristig krisenfestes Gesundheitswesen ist es erforderlich, Bundesmittel vollständig sowie strategisch klug einzusetzen und dort, wo diese nicht ausreichen, mit Landesmitteln nachzusteuern.

9. Handlungsfähige Verwaltung – jederzeit, überall



Eine krisenfeste Stadt braucht eine krisenfeste Verwaltung mit klaren Notfallplänen für alle Behörden und der Priorisierung von Leistungen. Eine moderne Metropole wie Hamburg muss ihre Kernverwaltung selbst dann arbeitsfähig halten, wenn Gebäude oder Netze ausfallen.

Wir brauchen **krisenfeste und sichere Kommunikationswege, digitale Ausweichstrukturen, dezentrale Arbeitsmöglichkeiten und analoge Rückfallebenen**, um Entscheidungsfähigkeit und staatliches Handeln zu sichern – ohne Ausfallzeiten. Um Backup-Strukturen und die Übernahme wichtiger Verwaltungsleistungen sicherzustellen, müssen **inter-regionale Kooperationen** mit den Umlandgemeinden sowie zwischen den Bezirken eingerichtet werden. **Digitale Rettungsketten** müssen für die Verwaltung etabliert werden. Daneben ist es von zentraler Bedeutung, dass die im Krisenfall entscheidenden Dienstposten bei Polizei und Feuerwehr mit erfahrenen und fachkundigen Beamten besetzt sind. Hierzu sollten zum Erhalt der Expertise längere Verweildauern in den entsprechenden Dienststellen ebenso ermöglicht werden wie freiwillige Dienstzeitverlängerungen. Das freiwillige Hinausschieben des Pensionseintritts hat auch zur Folge, dass Vakanzen reduziert werden. Zudem stehen die umfangreichen Fachkenntnisse und die vielfältige Berufserfahrung der langjährigen Beamten länger zur Verfügung, sodass ein wertvoller Wissenstransfer an jüngere Kollegen erfolgen kann.

10. Ehrenamt stärken – weil Hilfe Menschen braucht



© stock.adobe.com/de

Zehntausende Hamburgerinnen und Hamburger engagieren sich für den Bevölkerungsschutz, ob beispielsweise in den Freiwilligen Feuerwehren, in Hilfsorganisationen, wie dem ASB, dem DRK, bei den Johannitern und Maltesern, oder beim Technischen Hilfswerk. Hier ist es notwendig, Voraussetzungen für den Ausbau eines noch größeren Engagements zu schaffen, vorhandene Potenziale zu erschließen und Wertschätzung für geleistete Arbeit zu zeigen.

Daneben ist es elementar, das Engagement besser zu koordinieren: **Verfügbarkeiten müssen klar erfasst und Doppel-/Mehrfachverplanungen vermieden werden**, damit im Notfall jede Einsatzkraft richtig eingesetzt wird. Die Einrichtung einer **praxistauglichen Plattform zur Aktivierung und Koordinierung von Spontanhelfern** könnte eine geeignete Maßnahme sein. Die **Koordination und Einbindung von Ehrenamtlichen** und professionellen Hilfsangeboten vor Ort muss von einer verantwortlichen Stelle aus geleitet werden. Auch unter dem Gesichtspunkt der Priorisierung sind Vorgaben, Abstimmungen und Verfahrensweisen für den Einsatz hauptberuflich tätiger Ehrenamtlicher erforderlich. Wann und wie werden sie im Notfall eingesetzt? Ist eine Freistellung von der Arbeit gesichert? Während ihrer Freistellung muss allen ehrenamtlich Tätigen der Verdienstausschuss erstattet werden.

Wertschätzung und Unterstützung sind zugleich ein Appell an neue Helferinnen und Helfer, sich einzubringen.

11. Heimatschutz stärken – Sicherheit im Inneren gewährleisten



Heimatschutz ist ein zentraler Bestandteil moderner Sicherheitsvorsorge. Er verbindet staatliche Schutzaufgaben mit regionaler Verankerung und lokaler Kenntnis. Gerade in Krisen- und Spannungsfällen – etwa bei hybriden Bedrohungen und der Absicherung kritischer Infrastruktur – braucht es **klare Zuständigkeiten und eingespielte Abläufe zwischen Bundeswehr, Polizei, Katastrophenschutz und zivilen Stellen**. Dafür müssen Koordinierungsstellen zwischen ziviler und militärischer Verteidigung eingerichtet und Ansprechpartner benannt und bekannt gegeben werden.

Hamburg als Hafen-, Industrie- und Verkehrsknotenpunkt ist in besonderem Maße auf einen funktionierenden Heimatschutz angewiesen. Dazu gehören der Schutz von Energieanlagen, Wasserwerken, IT-Knotenpunkten, Verkehrswegen sowie logistischen Drehscheiben. Die verstärkte Zusammenarbeit mit Heimatschutzkräften der Bundeswehr, regelmäßige gemeinsame Übungen und abgestimmte Lagebilder erhöhen die Reaktionsfähigkeit im Ernstfall.

Gleichzeitig ist Heimatschutz kein abstraktes Konzept, sondern Ausdruck staatlicher Präsenz und Verlässlichkeit. Wir appellieren an Bevölkerung und Wirtschaft, Sicherheitsmaßnahmen mitzutragen, Hinweise ernst zu nehmen und staatliche Stellen aktiv zu unterstützen. Sicherheit entsteht dort, wo Verantwortung geteilt wird.

12. Moderne Gefahren erkennen und abwehren



Neue Bedrohungen erfordern neue Antworten. Drohnen, Cyberangriffe, digitale Sabotage und auch Desinformations- und Destabilisierungsoperationen können schwere Schäden verursachen. Hamburg braucht moderne Detektionssysteme, sichere Netze, die auch länderübergreifend funktionieren. Das Drohnenabwehrzentrum des Bundes und der Länder ist ein wertvoller und richtiger Schritt. Vor Ort in Hamburg braucht es eine Kooperation zwischen Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Stadt und den Betreibern kritischer Infrastrukturen. Entscheidend ist eine **resiliente digitale Infrastruktur**, die auch im Krisenfall die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen gewährleistet, damit Detektion, schnelle Reaktion und sofortige Hilfe im Notfall jederzeit möglich sind.

Hamburg verfügt über starke Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Unser Ziel ist es, **Innovationspartnerschaften für Krisentechnologien, Drohrendetektion, Cyberabwehr, Logistik und medizinische Notfallversorgung** auszubauen. Forschung und Praxis sollen dafür enger verzahnt werden.

Hamburg schützen – Resiliente Metropole 2028

Konzept der CDU für einen starken Bevölkerungsschutz

Unser Anspruch

Hamburg soll **Sicherheitsmetropole im Norden** werden – mit einer verlässlichen Grundversorgung, starken Einsatzkräften, handlungsfähiger Verwaltung und einer informierten, solidarischen Stadtgesellschaft.

Die CDU steht für:

- ✓ Verantwortung statt Wegschauen
- ✓ Vorsorge statt Improvisation
- ✓ Sicherheit statt Risiko

Wir handeln jetzt – damit Hamburg im Ernstfall bereit ist.

Hamburg schützen – Resiliente Metropole 2028

Konzept der CDU für einen starken Bevölkerungsschutz



Dennis Thering

Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion



040 42831-1382



www.dennis-thering.de



dennis.thering@cdu-hamburg.de



Dennis Gladiator

Parlamentarischer Geschäftsführer
Innenpolitischer Sprecher



040 428 31-3453



www.dennis-gladiator.de



dennis.gladiator@cdu-hamburg.de